

www.muertzzuschlag.kpoe.at

MHM

Mitteilungsblatt für
Mürzzuschlag - Hönigsberg - Ganz

Information der  **KPÖ**

Nr. 129 Dezember 2017

Klein, aber
mit Biss!



*Ein glückliches, gesundes und friedliches Neues Jahr
wünscht allen Leserinnen und Lesern
die KPÖ Mürzzuschlag mit ihren Gemeinderäten
Franz Rosenblattl, Sandra Kern und Stefan Sommersguter*

AUS DEM GEMEINDERAT – AUS DEM GEMEINDERAT – AUS DEM GE

Kommentar

Franz Rosenblattl

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Wieder geht ein Jahr zu Ende. Grund genug, um einen Blick zurück zu werfen, aber auch um einen Blick nach vorn zu machen.

Für Mürzzuschlag war es weder ein berauschendes noch ein bedrückendes Jahr. Die finanziellen Rahmenbedingungen ließen nichts Anderes zu.

Trotzdem ist es mir gelungen, als Wohnungsreferent die Mittel für eine Mietzuzahlung aufzutreiben. Somit ist gewährleistet, dass kein Mürzzuschlager Mieter mehr als ein Drittel des Haushaltseinkommens für das Wohnen und das Heizen ausgeben muss.

In den 1990er Jahren wurden vom damaligen FP Landesrat Schmid die Wohnbaudarlehen so gestaltet, dass die Darlehenszuschüsse mit zunehmender Dauer sinken. Die Folge: Die Mieten steigen nach 10 oder 20 Jahren stark an. Die Wohnbaudarlehen hat das Land vor 10 Jahren zur Budgetsanierung an Banken verkauft. Damit kann das Land kaum mehr eingreifen, wenn es zu starken Mieterhöhungen kommt.

Die Bewohner der Eisenbahnerhäuser in der Oberen Bahngasse mussten schon vor ein paar Jahren Mieterhöhungen um die 200 Euro monatlich in Kauf nehmen. Würden wir da nicht entschieden gegensteuern würden auch Mieterinnen und Mieter von Gemeindefohnhäusern mit dramatischen Mieterhöhungen konfrontiert sein. Um dies auf ein erträgliches Maß abzubremsen wurde nun beschlossen, dass bestehende Darlehen am Kapitalmarkt gestreckt werden sollen um enormen Miet-Erhöhungen auszuweichen. Unsere Wohnungspolitik ist steiermarkweit eine der fortschrittlichsten. Es gibt kaum wo so viele Erfolge bei der Umsetzung von Maßnahmen für Mieter.

Was jedoch noch nicht gelungen ist: Neue Wohnungen zu bauen. Attraktive Reihenhäuser, leistbaren-, barrierefreien Wohnraum im Stadtzentrum zu schaffen, wäre mein Wunsch in den nächsten Jahren.

Die Kanalgebührenerhöhung bei der letzten Gemeinderatssitzung wurde von der KPÖ-Fraktion nicht mitbeschlossen, obwohl wir die Notwendigkeit von Kanalsanierungen anerkennen. Die Zustimmung zu einer solchen Erhöhung wäre gegen unseren politischen Anspruch. Wir sind bei der Wahl gegen Gebührenerhöhungen aufgetreten und halten uns daran.

Zu guter Letzt darf ich Ihnen für das kommende Jahr Alles Gute wünschen, Gesundheit und Frieden

Franz Rosenblattl



Die Gemeinderatssitzung vom 14. Dezember hatte den Haushaltsvoranschlag 2018 zum Schwerpunkt. Doch es gab auch darüber hinaus Berichtenswertes. So zum Beispiel die Angelobung eines neuen Gemeinderatsmitglieds. FP-Gemeinderätin Karin Bauernhofer legte ihr Mandat zurück. Ihr folgt Maria Meißl, die Gattin des Vizebürgermeisters nach. Bemerkenswert war auch der Auszug der KPÖ Gemeinderäte beim Thema Kanalgebührenerhöhung.

Die Fragestunde:

Was ist mit der „Wilden Au“?

KP-Gemeinderätin Sandra Kern befragte Bürgermeister Rudischer wie es mit der einstimmig beschlossenen Machbarkeitsstudie an den Regionalen Entwicklungsverband (REV), bezüglich des Projekts „Wilde Au“ aussieht und was sich bisher getan hat? Bgm. Rudischer dazu: Er hat den REV gebeten Bericht darüber zu erstatten, haben ein Anbot eingeholt, mit dem Anbotsleger verhandelt und die zuständige Baubezirksleitung in Bruck um eine Stellungnahme ersucht.



Was ist mit einem Eislaufplatz?

KPÖ-Gemeinderat Stefan Sommersguter richtete an Bürgermeister Karl Rudischer die Anfrage ob sich in der Frage Eislaufplatz schon was getan hat. Einerseits gab es ja das Gerücht, dass es vielleicht doch noch heuer im Bereich des Sportplatzes einen Natureislaufplatz geben könnte oder ob es schon konkrete Gespräche mit einem Hersteller von Kunststoffeisplatten gibt.

Bürgermeister Rudischer meinte dazu, dass es am Sportplatz auch heuer definitiv keinen Eislaufplatz geben wird, da sich zwar jemand für die Eisaufbereitung gefunden hat, für die Betreuung der Eisläuferinnen und Eisläufer jedoch nicht. Daher wird es auch heuer keinen Natureislaufplatz in der Stadt geben. Mit einem Hersteller von Kunsteisplatten kam es einmal zu einem Gespräch.

MEINDERAT – AUS DEM GEMEINDERAT – AUS DEM GEMEINDERAT –

Budget 2018

Finanzstadtrat Baumer referierte über den Haushaltsvoranschlag 2018. Im Ordentlichen Haushalt (Pflichtausgaben) sind für das kommende Jahr über 25,1 Millionen € an Einnahmen als auch an Ausgaben vorgesehen. Im Außerordentlichen Haushalt (Projekte) stehen 2018 über 11,1 Millionen € zur Verfügung. Wesentlich mehr als in den vergangenen Jahren. Warum?



AOH Projekte der Gemeinde für 2018

Neben den kleineren Aufwendungen wie die neuen PKWs für „Essen auf Rädern“ sowie für ein neues Dienstfahrzeug im Rathaus (je 22.000 €), einer Förderung der Hönigsberger Feuerwehr (20.000) und für den Lärmschutz der ÖBB (25.000), gibt es große Projekte wie den Umbau der Volksschule in Mürzzuschlag (1.500.000), den Umbau des Wintersportmuseums (530.000), Darlehensumschuldungen bei den neueren Gemeindewohnungen (7.720.000), ein Wasserleitungsprojekt (260.000) sowie das Kanalprojekt (120.000) und eine vorzeitige Tilgung eines Landesdarlehens – „DOSAG Dachbodenausbau“ aus 1988 (156.000). Der Abbruch des Wohnhauses Wiener Straße 81 schlägt sich mit 65.000 zu Buche. Innenstadtentwicklung, Hochwasserschutz, Straßensanierungen, Wanderwege, etc tragen dazu bei, dass für 2018 einiges zu Investieren bereitgestellt wird.

Der Ordentliche Haushalt (OH)

Der Ordentliche Haushalt stand wie jedes Jahr im Zentrum der Diskussion. Wobei sich die Argumente der Diskussionsredner kaum unterschieden. Sie waren beliebig austauschbar. Ob es die Redner/in von Grün, Schwarz oder Blau war, die Argumente waren austauschbar und führten zum erwarteten Ergebnis. Die FP, die ÖVP sowie die Grünen lehnten das Budget ab. Die KPÖ unterstützte den vorgelegten Haushaltsvoranschlag, weil sie für sich und ihre Arbeit im vorgelegten Budget ihre Handschrift – wenn auch nicht zur Gänze, so doch im Wesentlichen – wiedergefunden hat. Die FP war gegen das Kulturbudget, der ÖVP fehlten grundsätzliche Maßnahmen beim Wintersportmuseum. Den Grünen fiel neben der Kritik am Kulturbudget die Höhe der Schulden auf – sie nehmen um rund 4 Millionen Euro zu. Da es sich beim Anstieg um die Darlehensstreckung bei den Gemeindewohnungen handelt, dürfte den Grünen ent-

gangen sein, dass diese Schulden die Mieter bezahlen werden. Die Alternative wäre eine Mieterhöhung um rund 200 € monatlich. Ob das den Grünen lieber wäre?

Kanalgebühr wird erhöht

Die Gemeinde betreibt ein Kanalnetz von 58 km Länge. Nach einer Überprüfung wurde ein Sanierungsbedarf bei rund 25 km Kanalleitung festgestellt. Dies bedeutet einen Sanierungsaufwand in den nächsten Jahren von 7,5 Millionen Euro. Daher wurde ein Antrag gestellt, die Kanalgebühr zu erhöhen um damit ein Darlehen zu finanzieren. Mit dieser Maßnahme könnten die bevorstehenden Aufgaben bewältigt werden. Die Gebühr steigt von derzeit 2,38 pro qm auf 3,08 pro qm. Pro Person wäre die Erhöhung ca. 30 Euro jährlich. Die Gemeinderäte der KPÖ verweigerten die Zustimmung und verließen den Saal. Mit den Stimmen der SP wurde die Gebührenerhöhung beschlossen. Grüne, ÖVP und FPÖ stimmten dagegen.

Auszüge aus der Stellungnahme zum Budget von KPÖ-Gemeinderat Franz Rosenblattl

Viele Kritikpunkte am Budget sind nach wie vor vorhanden. Objektive Faktoren wie zum Beispiel die hohe und ständig steigende SHV-Umlage. Ebenso dient die sogenannte Landesumlage letztendlich nur dazu, um den beiden Gemeindereferenten Schickhofer und Schützenhöfer zu ermöglichen, die vorher von den Kommunen berappte Landesumlage in salbungsvoller Weise in Form von Bedarfzuweisungen zurückzuschicken. Zum Finanzausgleich, der nach wie vor die Gemeinden enorm benachteiligt, gibt es hier herinnen wohl keine zweite Meinung.

Darüber hinaus gibt es aber auch subjektive – also hausgemachte Faktoren, die wir bei gutem Willen auch ändern könnten. Die hohe Parteienförderung, die undurchsichtige Wirtschaftsförderung, zweifelhafte Subventionsvergaben kosten den Bürgern doch einiges Geld. Andererseits fehlen aber Mittel für die Sanierung und Adaptierung unserer Wohnhäuser geschweige denn für die Schaffung von neuem modernen Wohnen wie es Nachbargemeinden vorzeigen. Auch für eine zeitgemäße Verkehrspolitik – die uns nebenbei auch als E5 Gemeinde weiterbringen würde – wie die Einführung von Citybussen oder Ähnlichem stehen noch keine Mittel zur Verfügung.

Die von uns gestaltete Wohnungspolitik hat mit Aussetzung der Erhöhung des Richtwertmietzins über mittlerweile schon 4 Jahren, der Schuldnerberatung sowie der heuer eingeführten Mietzahlung ihre Spuren hinterlassen. Die negativen Folgen der steirischen Wohnbaupolitik in den 1990er Jahren trifft viele Mürzzuschlager/innen. Dass die Reduktion der Annuitätzuschüsse des Landes nun durch eine Darlehensstreckung der Gemeinde abgedeckt werden, kann als Erfolg gewertet werden, erspart es den Mietern doch Mieterhöhungen bis zu 200 € monatlich.

Der Außerordentliche Haushalt erfährt mit 11,1 Millionen Euro nach einigen mageren Jahren einen erfreulichen Zuwachs. Das ist auch notwendig, da eine Attraktivierung unserer Stadt dringend erforderlich ist, um die Abwanderung zu stoppen und Menschen dazu zu bringen, sich in Mürzzuschlag niederzulassen.

Ohne mehr Leute wird die Infrastruktur wie sie jetzt besteht auf Dauer nicht zu halten sein. Ohne Zuwanderung wird es mittel- und langfristig keine drei Kindergärten, keine zwei Volksschulen, keine 850 Gemeindewohnungen, keine drei Veranstaltungszentren und auch vieles Andere mehr geben. Ein Szenario, dass vielen noch nicht klar erscheint.

Aus dem Gemeinderat

Kommentar

Von Stefan Sommersguter

Oftmals bekommt man das Gefühl, dass in unserer Gemeinde nichts weitergeht, dass gute Ideen so lange verschleppt werden, bis sie von selbst einschlafen. Natürlich erfordert ein Projekt viel Arbeit und Engagement von den zuständigen Beamten und den politisch Verantwortlichen. Ein solches Beispiel ist die Frage Eislaufplatz- oder (und) Kunsteisplatz.

Seit Jahren wird darüber geredet, letztendlich passierte nichts und es gibt wieder kein Eislaufen. Heuer im Frühjahr reichte es uns – der KPÖ-Fraktion – und wir wurden aktiv. Wir holten einen Vertreter der Firma Like-Ice aus Regensburg nach Mürz und dieser stellte im Beisein von Bürgermeister Rudischer sein Produkt vor. Der große Vorteil dieser Platten liegt darin, dass sie leicht zu transportieren und einfach aufzustellen sind. Daneben haben sie den größten Vorteil gegenüber dem Natureis: Sie sind wetterunabhängig. Natürlich gibt es auch Nachteile gegenüber Eis. So sind lediglich 80% Gleitfähigkeit bei gleichem Kraftaufwand vorhanden. Aber es soll ja gar



Like Ice-Platten im Test

keine Konkurrenz zu echtem Eis sein, sondern ein Angebot an die Kinder, Schulen und an jene Eisläufer, bei denen sich der Aufwand nicht lohnt, woanders hinzufahren. In der Adventzeit könnte man das „Kunsteis“ am Stadtplatz aufstellen, dann vielleicht am Platz vor der Volksschule oder es könnte als Eisbahn Verwendung finden...

Zu den Kosten: Die Platten könnten auch geleast werden. Für das erste Jahr würde die Leasingrate bei ca 6000 € liegen. Wenn es tatsächlich nichts „Gescheites“ ist, gibt man sie zurück. Wenn es aber was Tolles ist, hat sich er Elan, das Geld und der Einsatz der

Beteiligten ausgezahlt. Das finanzielle Risiko ist so klein, nur wollen muss man halt- und das ist nicht so bequem wie das Suchen von Ausreden...

meint „Skuta“

Eislaufen am Knittelfelder Hauptplatz

**City Taxi teurer!**

2005 wurden die City Taxi-Scheine auf 4 Euro im Normalpreis und auf 2,50 Euro für die soziale Bonuscard letztmalig erhöht.

In diesem Zeitraum sind die Entgelte, die die Gemeinde an die Taxiunternehmen bezahlt um rund 27% gestiegen. Dies bedeutet einen Anstieg des Abgangs von rund 34.000 € im Jahr 2005 auf 71.000 € im Jahr 2016. Nun beschloss der Gemeinderat einstimmig die Erhöhung des Normalpreises auf 4,50 und jenen für Bonuscard-Besitzer auf 2,70 €. Ursprünglich sollte der Bonus-Card-Preis auf 3 € angehoben werden. Dies wurde aber nach eingehenden Verhandlungen im Vorfeld der Gemeinderatssitzung verworfen.

Darüber hinaus hat sich eine Verbesserung der Betriebszeiten ergeben. Anstatt Montag bis Samstag von 7.30-19.00 gilt neu nun 6.30 bis 19.00

Das City Taxi hat einen gewissen Stellenwert im öffentlichen Verkehrsgeschehen unserer Stadt. Allerdings kommt es vorwiegend nur für ältere Mürzzuschlager/innen als Verkehrsmittel in Frage. Zur Bewältigung der Mürzer Verkehrsproblematik (Volle Parkflächen, volle Straßen, kaum öffentliche Verkehrsmittel) trägt es kaum bei, da es nicht als Alternative gesehen wird. Hier braucht es andere Lösungen. Im kommenden Jahr wird es dazu einige Vorschläge und Lösungsansätze geben.

Windpark Pretul

Die Bundesforste planen den bestehenden Windpark mit seinen 14 Windrädern zu erweitern. Im Bereich des Schwarzrieglmoors sollen vier Anlagen errichtet werden. Das Gebiet liegt genau an der Grenze zwischen Mürzzuschlag und Spital, somit wird die Entschädigung von 9.500 € jährlich, sowie eine Einmalzahlung von 10.000 € pro Anlage brüderlich zwischen Spital und Mürzzuschlag aufgeteilt. Mürzzuschlag bekommt darüber hinaus für die Beanspruchung der Auersbachstraße eine jährliche Zahlung von 1000 Euro.

Einkaufen

So wird beim Warenkorb getrickt**Täglicher Einkauf: Plus 5,7 % - Pensionserhöhung 1.6 %**

Es ist ein ganz kurzer Absatz in der offiziellen Mitteilung über die Teuerung: Der tägliche Einkauf ist im Jahresabstand um 5,7 Prozent teurer geworden.

Die offizielle Inflationsrate liegt „nur“ bei 2,2 Prozent. KPÖ-Gemeinderätin Sandra Kern: „So wird beim Warenkorb getrickt. Die rasante Teuerung bei den Grundnahrungsmitteln wie Butter oder Obst und Gemüse wird gegen billigere Technikgeräte aufgewogen und schon hat man ein Argument gegen angemessene Steigerungen des Einkommens gefunden.“

Die Löhne und Gehälter steigen im kommenden Jahr brutto nur um 2,3 bis zu 3 Prozent. Die Pensionen gar nur um 1,6 bis 2,2 Prozent. Das bedeutet ein Stagnieren oder Sinken des Einkommens. Die KPÖ fordert deshalb einen Sockelbetrag bei den Pensionserhöhungen und einen tatsächlichen Ausgleich der Inflationsrate. Das tägliche Leben darf für Menschen mit niedrigem Einkommen nicht unerschwinglich werden.“

Mogelpackungen

Die Konzerne tricksen bei den Preisen. Viele Waren kosten zwar gleich viel wie früher, nur ist in den Packungen viel weniger drinnen. So manche Kilopackung enthält heute nur noch 760 Gramm. Das sind gewaltige Preiserhöhungen. Möglich gemacht hat das eine Richtlinie der EU, welche die standardisierten Packungsgrößen aufgehoben hat. Jetzt muss man im Supermarkt mühsam auf den Packungen den Kilopreis suchen.

**Korruptionsprozess um Ex-Finanzminister**

2004 verkaufte die Republik Österreich 62.000 Wohnungen, zuzüglich 5,1 Mio. Quadratmeter unbebauter Grundstücke, 400 Gewerbeimmobilien und 23.000 Parkplätze spottbillig an ein privates Bietkonsortium bestehend aus Raiffeisen Landesbank OÖ, Immofinanz, Wiener Städtische, Oberösterreichische Landesbank und Oberösterreichische Versicherung. 2007 waren diese Immobilien bereits das Dreifache wert. Im Grazer Stadtblatt der KPÖ war im Juni 2004 zu lesen: „Die einzigen, die sich wirklich freuen können, sind die Beraterfirmen des Finanzministers, die bisher über 10 Millionen Euro an Steuergeld einstreifen durften.“

Die mit dem Verkauf der BUWOG Wohnungen beauftragte Bank Lehman Brothers machte 2008 Bankrott. Auch die Käufer der Bundes-Immobilien – allen voran die Immofinanz – wurden mit Staatsgeldern gerettet.

Es greift zu kurz, wenn jetzt den damals Verantwortlichen der Prozeß gemacht wird, die Schmiegeldzahler aber unbehelligt bleiben. „Eine Wiederverstaatlichung der Bundeswohnungen wäre das richtige Mittel vergangenes Unrecht gut zu machen. Und für die neue schwarzblaue Regierung wäre es eine Möglichkeit zu beweisen, dass sie frühere Fehler nicht wiederholt“, so KPÖ Landesgeschäftsführer Andreas Fuchs.

**Cafe Fischer**

Dieses Kaffeehaus in der Wiener Straße war einmal das beliebteste „In-Lokal“ der Mürzzuschlager Jugend. In der Konditorei gab es neben Mehlspeisen und anderen Süßwaren die unter den Schülern begehrten Fußballer- und Autopickerl aber auch die klassischen Wundertüten. So manches für die Jause bestimmtes Geld wurde so zweckentfremdet verwendet. Heute fristet dieses Gebäude ein eher bescheidenes Dasein. Lediglich der Kulturclub „Kumz“ nützt es noch als Vereinslokal. Heuer wurde das Gebäude von der Gemeinde zum Verkauf ausgeschrieben...

AUS DEM LANDTAG

KPÖ-LAbg. Werner Murgg zum steirischen Landesbudget 2018 :

„Steiermark wird Schritt für Schritt zugesperrt“

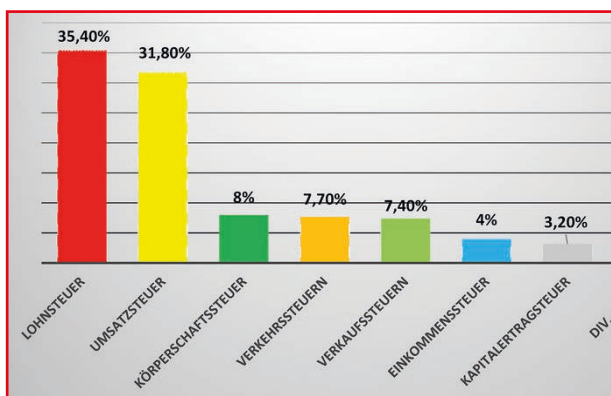
Die KPÖ stimmte im steirischen Landtag gegen das Budget für 2018. LAbg. Werner Murgg begründete, warum die Budgetpolitik von SPÖ und ÖVP in die falsche Richtung weist.

KPÖ-LAbg. Werner Murgg stellte in seiner Rede zum Landeshaushalt die Politik der Kürzungen bei der öffentlichen Infrastruktur infrage: „Krankenhäuser, Schulen, Wohnbeihilfe, ÖV, Kultur, sozialer Wohnbau – überall wird gekürzt statt investiert, weil angeblich zu wenig Geld da ist. Das Landesbudget entgleist aber nicht, weil nicht genug gespart wird. Wir haben ein Problem, weil der Staat fast nur noch über die Lohnsteuer und die Umsatzsteuer finanziert wird – in Summe 67,2 %.

Wer bezahlt die meisten Steuern?

Die Kapitalertragssteuer macht nur 3,2 % des Gesamtsteueraufkommens aus, die Körperschaftssteuer lediglich 8 Prozent.

Würden Gewinne und Vermögen angemessen besteuert, dann hätten wir kein Budgetproblem. Das kann man nicht oft genug sagen! Ohne eine ernsthafte Besteuerung von Vermögen und Gewinnen, ohne ein neues Konzept zur Finanzierung von Pflege und Gesundheit, wird die Steiermark Schritt für Schritt zugesperrt. Die SPÖ schaut bei der Umverteilung von unten nach oben zu und bleibt eine Antwort schuldig.



Kaputtsparen

Wenn die Schulden abgebaut werden sollen, ohne neue Einnahmen zu erschließen, dann können wir die Steiermark zusperren. Darüber denken aber SPÖ, ÖVP und FPÖ gar nicht nach. Stattdessen ist schon wieder von Privatisierungen die Rede, diesmal von Immobilien des Landes.

Woher das Geld nehmen?

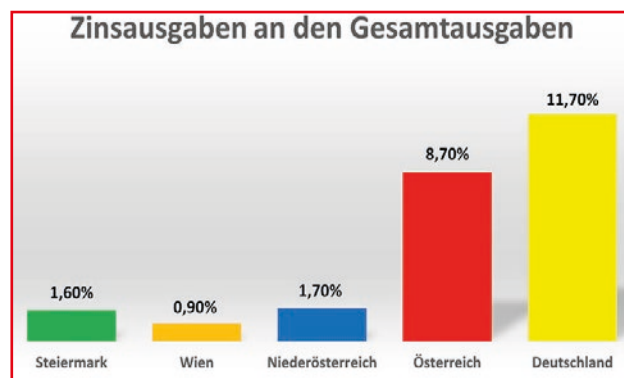
Das oberste Prozent besitzt 40,5 % des Reichtums in Österreich. Dieses eine Prozent besitzt so viel, wie die österreichischen Staatsschulden ausmachen – ca. 300 Milliarden Euro. Daran sieht man, was im Staate Österreich falsch läuft.“ Die KPÖ brachte drei Anträge zum Budget ein. Im ersten, der aufgrund der Ablehnung von SPÖ, ÖVP und FPÖ keine Mehrheit fand, werden einnahmenseitige Budgetmaßnahmen gefordert, bei deren Umsetzung das Land seit langer Zeit säumig ist:

● Einführung einer Nahverkehrsabgabe für Unternehmen ab einer gewissen Größe nach dem Vorbild der Wiener „U-Bahn-Steuer“, zweckgebunden für den öffentlichen Personennahverkehr in der Steiermark;

● Einführung einer Parkplatzabgabe für Einkaufszentren, ausgenommen innerhalb von Kerngebieten in Zentrumslage;

● Einführung einer Naturnutzungsabgabe („Schottersteuer“) zur Finanzierung von Naturschutz und Landschaftspflege.

Im zweiten Antrag thematisierte die KPÖ die mangelnde Transparenz des Landesbudgets. Durch die neue Budgetstruktur ist nicht mehr nachvollziehbar, welche Ausgaben wofür getätigt werden. Details sind derzeit für den Landtag und die Öffentlichkeit unsichtbar. Die KPÖ forderte deshalb, spätestens bei der Erstellung des Budgets 2019 unter anderem eine Kosten- und Leistungsrechnung, Detailbudgets der zweiten Ebene (zumindest elektronisch), ein Verzeichnis veranschlagter Konten, Beilagen mit Erläuterungen zu Rücklagenentnahmen einzuschließen. ÖVP und SPÖ lehnten den Antrag ab.



Politikergehälter senken!

Erneut brachte die KPÖ den Antrag ein, die Bezüge der Landespolitiker um 30 % zu kürzen. Dadurch würden 2,5 Millionen Euro im Budget frei.

Nicht nur SPÖ und ÖVP, auch FPÖ und Grüne stimmten gegen diesen Antrag.

Ein KPÖ-Antrag auf Wiedereinführung der Weihnachtsbeihilfe bekam ebenfalls keine Mehrheit.

ÖSTERREICH

Große Veränderung – aber nicht zum Guten Österreich nach der Nationalratswahl

Viele Menschen wollen Veränderung. Sebastian Kurz und auch die FP haben ihnen Veränderung versprochen und mit diesem Versprechen die Wahl gewonnen. Jetzt wird es große Veränderungen geben – aber nicht zum Guten. Das ist das Hauptergebnis der Nationalratswahl vom 15. Oktober.

Im alten Rom gab es das Sprichwort, dass man politischen Rednern nicht auf den Mund, sondern auf die Hände schauen soll: Es geht nicht darum, was jemand verspricht, sondern darum, was jemand tut. In die Sprache der politischen Werbung des 21. Jahrhunderts übersetzt heißt das, dass jeder Wahlkampf eine „große Erzählung“ braucht. Was nicht dazu gesagt wird: Diese Erzählung knüpft, wenn sie gut ist, zwar an der Lebensrealität der Mehrheit an, hat aber damit in Wirklichkeit nichts zu tun.

Die im Wahlkampf aufgedeckte Strategieplanung des Sebastian Kurz zeigt das deutlich: In diesen Papieren wird die Unzufriedenheit sehr vieler Menschen mit der gesellschaftlichen Entwicklung in Österreich genau analysiert und empfohlen, dass sich der Kandidat als Gegner des Systems inszenieren solle. Das Schlüsselwort dafür war Veränderung. Dass damit die Wirklichkeit auf den Kopf gestellt wurde, spielte keine Rolle. Entscheidend war: Es hat funktioniert.

Warum? Ohne die Rolle der Bewusstseinsindustrie und die Macht der (im Eigen-

tum großer Konzerne stehenden) Medien zu analysieren, kann man nicht begreifen, warum Millionen von Menschen bei Wahlen nicht anhand ihrer Alltagserfahrungen entscheiden, sondern so abstimmen, wie es die große Erzählung gleichsam vorschreibt.

Von Kreisky zu Kurz

Das Wahlergebnis vom 15. Oktober lässt sich nur mit dem Wahlsieg von Bruno Kreisky im Jahr 1970 vergleichen. Aber es gibt einen riesigen Unterschied:

Damals gab der Regierungswechsel den Anstoß für soziale und demokratische Reformen. Ohne die Grundlagen des gesellschaftlichen Systems anzutasten wurde der Spielraum für Verbesserungen genützt, die der Mehrheit der Bevölkerung zu Gute kamen.

2017 hat der Sieg von ÖVP und FP

die politischen Voraussetzungen dafür, den Sozial- und Demokratieabbau – wie er in den Papieren der EU festgeschrieben ist – zu beschleunigen und qualitativ auf eine neue Ebene zu stellen. Es ist mit einem Angriff auf Gewerkschaften und Arbeiterkammer zu rechnen.

Weggezaubert

Um – zumindest am Anfang – eine Zustimmung vieler Menschen für diesen Kurs zu erreichen, ist eine andere „große Erzählung“ besonders wichtig: Alle Probleme, sei es mit dem Wohnen, mit dem Arbeitsplatz und mit der sozialen Versorgung, werden damit verknüpft, dass ausschließlich die „Fremden“ und die Zuwanderer dafür verantwortlich wären. Um von den Hauptkonflikten in der Gesellschaft abzulenken, wurden immer schon Sündenböcke benötigt. Die Verantwortung unseres ungerechten gesellschaftlichen

Systems, der Regelungen der EU und der Politik der Regierung werden damit gleichsam weggezaubert. Wenn „unsere Leute“ schließlich merken werden, dass der Sozialabbau auch sie selbst trifft, dann wird es zu spät sein. Es ist nämlich so wie Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ) am Wahlabend betont hat: „Egal, wie die Regierung konkret aussehen wird, eines ist sicher: Es wird massive Einschnitte ins Sozialsystem und Angriffe auf die Rechte der arbeitenden Menschen geben. Banken und Konzerne können über das Wahlergebnis jubeln. Vielen Menschen in Österreich stehen harte Zeiten bevor.“

Franz Stephan Parteder



SOZIALBERATUNG DER KPÖ

ANONYM-UNABHÄNGIG – VERTRAULICH

Helpen statt Reden!

Geben statt nehmen!

Fragen zu Mindestsicherung, Wohnungsproblemen, familiäre Fragen, arbeitsrechtliche und andere Probleme.

Dienstag, 16. Jänner, ab 14.00 Uhr

Voranmeldung unter Tel. 0650 / 2710 550 oder per E-Mail an kpoeuerz@gmail.com ist unbedingt erforderlich!

Preisrätsel

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
					11				
12						x		13	
14				15	16	17			
18		I			19			VI	
20		21	22			23	24		25
	IV				26				IX
27	28		29		VIII		30		31
					32		II		
33		34	35		36		37		
			V		38	III			
39		40					41		
VII				42			43		

- Atem ausstoßen, pusten
- aus gegerbter Tierhaut
- Gewürz-, Heilpflanze
- beständig, gleichbleibend
- Beingelenk
- Beweisperson
- chem. Zeichen für Radon
- südlichste Provinz Portugals
- überlieferte Erzählung
- eine Zahl
- Verfügung
- Befreiung von Gefrorenem
- sehr gern haben
- bestimmter Artikel
- kontra; trotz
- erforderliche Menge
- blütenlose Wasserpflanze
- ein Balte
- Geschäft, Firma
- Furchtgefühl
- hochbegabter Mensch
- zu keiner Zeit
- Abschiedsgruß
- foppen
- einst, früher
- am Ziel vorbei
- Nadelbaum
- Abwesenheitsnachweis
- Güte, Nachsicht
- Raubfisch
- nach Abzug der Kosten
- eine Mathematikaufgabe lösen
- Kraftstoffart (Kurzwort)
- Wintersportgerät
- Start! Ab!
- getrocknetes Gras
- Fleck; Zeichen
- Herkunftsland, -ort
- sehr kurze Kleidung
- Fadenverknüpfung
- Singstimme
- weibliches Haustier
- somit, mithin

Das Gewinnlösungswort ergibt sich aus den Lösungsbuchstaben in den römisch nummerierten Feldern. Um mitzumachen, einfach Lösungswort mit Ihrer Anschrift an KPÖ Mürzzuschlag übermitteln. Via E-Mail: kpoeuerz@gmail.com oder an KPÖ, Wienerstr. 148, 8680 Mürzzuschlag senden. Einsendeschluss 31.01.2018, der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Die Gewinner der letzten Verlosung: 35.- Billa-Gutschein: Helga Hofmann; 25.-Billa-Gutschein; Silvia Deimler; je eine Flasche Markowitsch „Red Roots“: Veronika Rinnhofer; Erika Ochensberger; Annemarie Sühser; Wir gratulieren!

I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X
---	----	-----	----	---	----	-----	------	----	---

Name: _____

Strasse: _____

Wohnort: _____